

Bekanntnis zu Nachhaltigkeit & Klimaschutz

- MAßNAHMEN
- ZIELE



Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer
Ostwürttemberg

Ludwig-Erhard-Str. 1
89520 Heidenheim an der Brenz

Tel. 07321 324-0
Fax 07321 324-169

zentrale@ostwuerttemberg.ihk.de
www.ostwuerttemberg.ihk.de

Bilder: Robin Seifert/IHK
Icons: QUE - AdobeStock



Bekenntnis zu Nachhaltigkeit & Klimaschutz



Der Klimawandel und dessen deutliche Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der gesamten Menschheit stellt die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts dar. Mit dem Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 haben sich die 195 Mitgliedstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nation, darunter auch Deutschland und die gesamte EU, auf das Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf deutlich unter 2° C, möglichst auf unter 1,5° C, verständigt. Hierzu soll in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts weltweit Treibhausgasneutralität erreicht werden. Alle fünf Jahre sollen anspruchsvollere Klimaschutzpläne aufgestellt werden. Entwicklungsländer sollen beim Klimaschutz und notwendigen Anpassungen unterstützt werden. Deutschland hat dieses Abkommen im September 2016 ratifiziert. Deutschlands Langfristziel ist es, bis zum Jahr 2050 weitgehend treibhausgasneutral zu werden. Die Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg bekennt sich zu diesen Zielen. Es besteht Einigkeit darüber, dass dringender Handlungsbedarf beim Klimaschutz besteht.

Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollten deshalb rasch geeignete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels umsetzen. Notwendig ist hierfür auch ein breites gesamtgesellschaftliches Engagement. Die notwendigen Anpassungen an den Klimawandel und der erforderliche Beitrag zum Klimaschutz stellen auch für die Wirtschaft in Ostwürttemberg eine zentrale Zukunftsaufgabe dar. Den notwendigen Veränderungsprozess für einen verstärkten Klimaschutz wird die IHK Ostwürttemberg durch unterschiedlichste Initiativen und Projekte konstruktiv begleiten.

BEGRÜNDUNG

Um das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, gilt es bereits kurzfristig ambitionierte Rahmenbedingungen zu schaffen und Maßnahmen zu ergreifen. Für die gesellschaftliche Akzeptanz ist das Engagement verschiedenster Akteure und Institutionen zur Erreichung dieser Ziele besonders wichtig. Es gilt, eine gesellschaftliche Spaltung in Befürworter eines Konsumverzichts und den Gegenpart, einer fortgesetzten ressourcenintensiven Wirtschaft, zu vermeiden. Auf wirtschaftliche und soziale Belange sollte Rücksicht genommen werden unter Abwägung widerstreitender Interessen in einer funktionierenden Demokratie.

Nachhaltiges Handeln wird zum einen immer stärker von Kunden eingefordert, zum anderen von der Gesellschaft honoriert. Die IHK Ostwürttemberg steht neben den Aspekten des klimabewussten und nachhaltigen Wirtschaftens für Aspekte wie faire Handels- und Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern, soziale Verträglichkeit und Nicht-Diskriminierung ein. Die Wirtschaft in Ostwürttemberg bekennt sich zu ihrer Verantwortung, einen individuellen Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit zu leisten.

Unter Nachhaltigkeit ist hierbei eine Entwicklung auf der Grundlage eines angemessenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität zu verstehen (siehe auch Artikel 3 des Vertrags

der Europäischen Union). Veränderungen und Anforderungen sowie Gesetzesinitiativen auf europäischer und nationaler Ebene, die sich aus dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz ergeben, werden auch auf die Wirtschaft im Bezirk der IHK Ostwürttemberg tiefgreifende Auswirkungen haben.

MAßNAHMEN UND ZIELE

Der Übergang weg von der Nutzung fossiler hin zur Nutzung erneuerbarer Energien sollte dabei konsequent weitergegangen werden. Zudem muss der Ressourcenverbrauch gemindert, d.h. die Material- und Energieeffizienz muss weiter gesteigert und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft angestrebt werden, dies auch vor dem Hintergrund steigender Kosten von Ressourcen. Der Erhalt der Versorgungssicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe muss hierbei aber gewährleistet bleiben, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass oftmals zusätzliche Kosten nur bedingt weitergegeben werden können. Deutschland soll innovativer und attraktiver Produktionsstandort bleiben. Maßnahmen für den Klimaschutz erfordern jedoch Investitionen und verursachen Kosten.

Bei wachstumsfeindlichen Rahmenbedingungen sind diese tendenziell eher schrumpfend, was somit konträr zu den Absichten des Klimaschutzes wäre. Unerslässlich sind aus diesem Grund klare und langfristige Rahmenbedingungen durch die Politik, mit dem Ziel, den Betrieben Planungssicherheit zu geben. Unklare politische Ziele hingegen führen

zu abwartender Haltung. Klimaschutz sollte durch Marktwirtschaft, Innovation und Fortschritt, getrieben durch F&E und Technologietransfer bei Produkten, Dienstleistungen und Produktion realisiert werden, verbunden mit dem Aufbau von neuen Geschäftsmodellen und Märkten. Langfristige, verlässliche und transparente Instrumente zur Emissionsreduktion schaffen entsprechende Innovationsanreize. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch das Thema Technologieoffenheit. Wasserstofftechnologien, synthetische Kraftstoffe, E-Mobilität, Aufforstung usw. stehen gleichberechtigt nebeneinander. Wichtig ist ein kostenoptimierter Pfad durch Wettbewerb der besten Konzepte anstatt kleinteilige, sektorspezifische Regulierung. Voraussetzung für eine bezahlbare Dekarbonisierung ist die Umsetzung der jeweils günstigen CO₂ Vermeidungsmaßnahmen.

Beabsichtigte Lenkungswirkungen können nur dann erzielt werden, wenn notwendige Regelungen nicht zu komplex sind und bei den Unternehmen ankommen. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Vorgaben unbürokratisch und unkompliziert sind sowie wenig Aufwand verursachen, dies insbesondere auch für kleinere Unternehmen. Maßnahmen sollten dabei mindestens im europäischen, besser noch im globalen Kontext, gesehen werden und umsetzbar sein. Umsetzungsfristen müssen ausreichend veranschlagt sein. Grundsätzlich sinnvoll ist es, dem CO₂ einen Preis zu geben. Hierfür ist jedoch ein Paradigmenwechsel in der Klimapolitik notwendig von der kleinteiligen und kostspieligen Steuerung einzelner Technologien hin zu einem sektorübergreifenden, technologieoffenen und

europäisch ausgerichteten marktwirtschaftlichen Ansatz. Wenige wirksame Instrumente sind erfolgversprechender als Sektorziele und unzählige, unabhimmte stetig neue Einzelmaßnahmen. Anstatt Verbote sollten Wahlmöglichkeiten zu wettbewerbsfähigen Preisen geschaffen werden. Angestrebt werden sollte eine globale und nicht ausschließlich auf nationale Belange ausgerichtete Betrachtungsweise. Deutschland sollte eine Vorbildfunktion für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit insbesondere für die Schwellenländer einnehmen, indem Klimaschutz kosteneffizient ohne Wettbewerbs- und Wohlstandsverlust umgesetzt wird. Deutschlands und Europas vorrangige Aufgabe sollte die eines weltweiten Technologielieferanten und Lösungsanbieters sein. Emissionsreduzierungen sollten dort, wo sie EU-weit und global am günstigsten sind, realisiert werden. Eine globale Nachfrage von Dekarbonisierungstechnologien wirkt auf volkswirtschaftlicher Ebene den Mehrkosten deutscher Unternehmen entgegen. Auch verhindert ein global einheitlicher CO₂-Preis, dass Unternehmen wegen der mit Klimamaßnahmen verbundenen Kosten ihre Produktion in andere Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen verlagern (Carbon Leakage). Ein globaler, arbeitsteiliger Energiehandel senkt die Kosten massiv und führt zusätzlich zu notwendigen Einnahmen in Entwicklungsländern.

Ein Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten als Mengensteuerungsinstrument sollte deshalb weltweit realisiert werden. Ein solches Zertifikatesystem gewährleistet zielsicher eine Reduzierung des Ausstoßes. Auch führt ein globales Zertifikatesystem mit wachsender Größe des

Anwendungsgebiets zu geringsten Dekarbonisierungskosten. Sektorziele und kleinteilige Planung sind damit hinfällig. Ein grenzüberschreitendes Handeln ist nur mit Emissionsrechten möglich. Zudem ist der Zertifikatepreis in konjunkturell schwierigen Phasen niedriger. Ein nationaler Mindestpreis wirkt hingegen wie eine Subvention des internationalen Zertifikatehandels. Der Zertifikatepreis stellt die aktuellen niedrigsten Vermeidungskosten dar. Je mehr Sektoren und Teilnehmer es gibt, desto mehr technische Möglichkeiten zur Vermeidung gibt es und desto geringer ist der Zertifikatepreis bei gleicher Wirkung für das Klima. Ein Zertifikatesystem ist der Weg, mit einem einzigen schlanken Instrument, nicht mehr CO₂ auszustößen, als nach den Paris-Zielen zugestanden wird. Und diese sich stetig reduzierende Menge wird mit dem Emissionshandel, d.h. durch Verknappung, Angebot und Nachfrage durch alle Sektoren bewirtschaftet.

Maßnahmen zur CO₂-Minderung sollten zunächst vorrangig dort durchgeführt werden, wo der Hebel zur CO₂-Einsparung am größten und die Vermeidungskosten am geringsten sind. Von großer Bedeutung ist auch die Sektorkopplung von Strom und Wärme, um notwendige Flexibilität nutzen zu können. Dies sollte möglichst europaweit erfolgen.

Stand 15.01.2020